

**// 43. LANDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG 27.11.2019 – 29.11.2019 //**

### **Ausbau des Bereichs Deutsch als Zweitsprache in allen Bildungsbereichen**

Die GEW setzt sich für einen Ausbau des Bereichs „Deutsch als Zweitsprache“ in allen Bildungsbereichen ein. Ziel ist die erfolgreiche Integration von geflüchteten und zugewanderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in ein sich inklusiv entwickelndes Bildungssystem in Schleswig-Holstein von der Kita bis zur Hochschule.

Die GEW sieht die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen aus Migrationsfamilien und Kindern und Jugendlichen mit Förderbedarfen als eine gesamtgesellschaftliche Angelegenheit und somit als Aufgabe aller Schularten an.

Die GEW setzt sich dafür ein, dass die Angebote für „Deutsch als Zweitsprache“ in den Kindertagesstätten ausgebaut werden. Dringend erforderlich sind auch hier Fortbildungen zum Umgang mit Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache und v.a. zum Umgang mit traumatisierten Kindern. Neben dem Angebot entsprechender Fortbildungen ist es dafür insbesondere erforderlich, zeitliche Ressourcen bereitzustellen, die den Fachkräften die Teilnahme an den Fortbildungen tatsächlich ermöglichen. Erforderlich ist auch eine Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse geflüchteter Kinder, u. a. beim Personalschlüssel der Kindertagesstätten.

Die GEW setzt sich für die Erhaltung und Verbesserung der Qualität der DaZ- und Sprachförderung in der Basis- und Aufbaustufe der DaZ-Zentren sowie für die durchgängige Sprachbildung in der Integrationsstufe bzw. im Regelunterricht als Aufgabe aller Fächer (wie in den Fachanforderungen aller Fächer beschrieben) ein:

- In den Basisklassen sollen höchstens 12 SchülerInnen beschult werden
- In den Basisklassen sollen nur Lehrkräfte unterrichten, die für „DaZ“ qualifiziert sind.
- Es gibt drei verschiedene Möglichkeiten ein DaZ-Zertifikat zu erwerben: Ein viersemestriges Studium, die Möglichkeit die Hausarbeit im Vorbereitungsdienst durch eine Klausur zu ersetzen und die Weiterbildung für ausgebildete Lehrkräfte. Deutsch als Zweitsprache bekommt dadurch nicht den Status eines Unterrichtsfaches. Die GEW setzt sich dafür ein, dass „Deutsch als Zweitsprache“ an den Universitäten in Kiel und Flensburg als Unterrichtsfach aufgebaut, mit entsprechenden Ressourcen für erhöhten Bedarf an Forschung und Lehre (vgl. Uni München/Uni Freiburg u.a.) ausgestattet und verpflichtender Studieninhalt für alle Lehramtsstudiengänge wird. Darüber hinaus soll „DaZ“ vermehrt auch in die zweite Ausbildungsphase integriert werden.
- SchülerInnen sollten nicht zu früh auf Förderbedarf überprüft werden, da nur eine „doppelte Sprachlosigkeit“ durch Flucht, Trauma oder veränderte soziale Bedingungen besteht. Jedoch sollen vermehrt Sonderschullehrkräfte präventiv an den DaZ-Zentren eingesetzt werden. Der Einsatz der Sonderschullehrkräfte darf dabei nicht auf den Primarbereich beschränkt werden, dazu ist die Zuweisung an Sonderschullehrerstellen entsprechend bedarfsgerecht anzupassen. Ferner muss es für diese SchülerInnen

alternative bzw. flexible Lösungen geben. Nur mit zusätzlichen Ressourcen kann es gelingen, sie in das Regelschulsystem zu integrieren und zu Abschlüssen zu führen.

- Es sollen verbindliche Kriterien für den Übergang der SchülerInnen von der Basis- zur Aufbau- (neu: Stufe II) und von der Aufbau- zur Integrationsstufe (neu: Stufe III) geschaffen werden.
  - Damit alle KollegInnen auf die Bedürfnisse von SchülerInnen, die Deutsch erst seit kurzem als Zweitsprache lernen, eingehen können, ist es dringend erforderlich, dass KollegInnen vermehrt die Fortbildungen für das Thema „durchgängige Sprachbildung“ wahrnehmen und besuchen und zwar Lehrkräfte aller Schularten. DSB müsste noch verstärkt als Thema beworben und hilfreiches Material zur Verfügung gestellt werden, z. B. als Ergänzung zu den Fachanforderungen.
  - Die SchülerInnen, die die Basisklasse verlassen müssen, besuchen im Anschluss zumeist Grundschulen, Gemeinschaftsschulen und berufsbildende Schulen. Die Angebote an den Gymnasien und Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe sollen an allen Standorten vermehrt ausgebaut werden.
- 
- Um die Aufnahme und die zusätzliche Sprachförderung in der Stufen II (4 - 6 Stunden wöchentlich) und die Umsetzung der „Durchgängigen Sprachbildung“ an allen Schulen und Schularten zu ermöglichen, ist dringend eine höhere Planstellenzuweisung an alle Schularten notwendig. Die GEW setzt sich für eine DSB-Expertise im Regelunterricht ein.
  - Die GEW setzt sich dafür ein, dass sogenannte Perspektivschulen, die aufgrund ihres Standortes in den meisten Fällen besonders viele DaZ-Lernende und Kinder mit Beeinträchtigung bzw. Förderbedarfen aufnehmen, mit deutlich mehr LehrerInnen-Planstellen und Stunden für die Schulsozialarbeit versorgt werden. Dafür ist dringend ein Sozialindex zu entwickeln, auf dessen Grundlage die Perspektivschulen ermittelt werden. Der zuletzt entwickelte Perspektivschulindex ist aus Sicht der GEW ungeeignet. Allgemein fordert die GEW eine noch ausgewogenere Verteilung der DaZ-SchülerInnen. DSB kommt ALLEN SchülerInnen zugute.
  - Die GEW setzt sich dafür ein, dass die Angebote für „Deutsch als Zweitsprache“ an den berufsbildenden Schulen ausgebaut werden.
  - Die GEW setzt sich dafür ein, dass der Erlass „Ausgleichsmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler nicht deutscher Herkunftssprache in den Abschlussprüfungen für den Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss und den Mittleren Schulabschluss“ vom 2. September 2015 (in Kraft seit 01. November 2015) auch für das Abitur in Schleswig-Holstein Anwendung findet. Die zur Verfügung gestellten Wortlisten und die gewährte zusätzliche Vorbereitungszeit sind nicht geeignet, um die Benachteiligung für Schülerinnen und Schüler mit der Zweitsprache Deutsch auszugleichen. Den Schülerinnen und Schülern soll die Gelegenheit gegeben werden, sich früher mit den Texten der Abschlussarbeiten und den darin enthaltenen kulturellen Deutungsmustern

auseinanderzusetzen. Denkbar wäre auch eine thematische Auseinandersetzung im Vorfeld.

- Die GEW setzt sich dafür ein, dass die Arbeit der KoordinatorInnen der DaZ-Zentren wertgeschätzt wird. Zum Teil werden an den DaZ-Zentren inzwischen mehr als 100 SchülerInnen beschult. Das Aufgabengebiet der KoordinatorInnen an DaZ-Zentren ist stetig gewachsen. Für große DaZ-Zentren ist es deshalb notwendig Funktionsstellen einzurichten und eine ausreichende Zahl von Ausgleichsstunden vorzusehen.
- Die GEW setzt sich für den Ausbau der Aus-, Fort- und Weiterbildung im Bereich Interkulturelle Bildung und Erziehung ein.
- Die GEW setzt sich dafür ein, dass Schulen und Kitas mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet werden, um insbesondere Eltern nichtdeutscher Herkunftssprache eine Partizipation am Schul- und Kitaleben zu ermöglichen.

An den Volkshochschulen arbeiten in Schleswig-Holstein in den Deutsch-als-Fremdsprache-Kursen und Integrationskursen Lehrkräfte überwiegend auf Honorarbasis. Die sind zum großen Teil allein auf diese Beschäftigungen angewiesen und haben keine Sozialversicherung. Die GEW setzt sich dafür ein, dass diese prekären Beschäftigungsverhältnisse für die hauptberuflich beschäftigten Honorarkräfte abgeschafft werden. Es müssen Arbeitsplätze geschaffen werden, die für qualifizierte Personen attraktiv und zukunftssicher sind.